

Brauer-Beitrag.

Offizielles Organ des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen
und Publikationsorgan des Schweizerischen Brauereiarbeiterverbandes.

N^o 22. Das Blatt erscheint wöchentlich am Freitag. Redaktion und Expedition: Hannover, Mühlstraße 5. Hannover, 1. Juni 1906. Verleger u. verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Hannover. Druck von Meister & Co., Hannover. 16. Jahrg.

Vom Wirken unseres Verbandes im Jahre 1905.

Bedeutende Erfolge, namentlich in Rücksicht auf die gegebenen Umstände, hat der Brauereiarbeiter-Verband auch im verflossenen Jahre wieder erzielt, nicht nur in der Ausbreitung, in der Zunahme an Mitgliedern, sondern besonders auch in dem Bestreben auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Berufsangehörigen, der Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage. Im Jahre der großen Aussperrung, des wahnwitzigen Gewaltaktes des rheinisch-westfälischen Herrenmenschentums, womit dieses den Verband auf lange Zeit in seiner Aktionskraft lähmen zu können glaubte, in diesem Jahre eine Zunahme von mehr als 4000 Mitgliedern, daneben die großen Erfolge auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Besserstellung der Arbeiter — das haben sich diese Herrenmenschen sicher nicht träumen lassen. Unsere Verbandsfeste steht eben auf einem viel zu soliden Unterbau, als daß sie sich ein „Sturm“ erschüttern könnte. Aber dieser Sturm hat die Lehre gezeitigt, daß unsere Verbandsfeste noch besser ausgebaut und unsere Waffen vervollständigt werden müssen, um diesen Herrenmenschen nicht nur ein wiederholtes „Stürmen“ möglichst zu vermeiden, sondern, wenn nötig, sie auch in eigenen Lager zu berennen, um ihnen ihr Herrenmenschentum auszutreiben, welches eine friedliche Verständigung in Fragen des Lohn- und Arbeitsverhältnisses und eine Anerkennung der Arbeiter als gleichberechtigt zur Mitbestimmung in ihren Lebens- und Existenzfragen nicht zuläßt. Dieses vorausgeschickt, beginnen wir mit unserem eigentlichen Thema und lassen wir die Zahlen reden.

Die Mitgliederzahl stieg von Ende des Jahres 1904 von 19 259 auf 23 342 Ende des Jahres 1905, also eine Zunahme von 4083. Das Mitgliederverhältnis in den einzelnen Quartalen des Vorjahres war folgendes:

	I. Quart.	II. Quart.	III. Quart.	IV. Quart.	Zusammen.
Es traten ein männl. Personen	3068	2367	2280	2631	10 346
weibl. „	20	50	—	—	70
Eintritte insgesamt	3088	2367	2330	2631	10 416
Die Mitgliederzunahme betrug	1567	139	637	1690	4 033
Mitglieder gingen wieder verloren	1521	2228	1643	941	6 333
Mitglieder a. Jahresabschluss 1905	—	—	—	—	23 342
Darunter weibliche	—	—	—	—	166

Den Gesamteintritten von 10 416 steht ein Abgang von 6333 gegenüber. Wenn die Zahl der Abgänge auch wesentlich beeinflußt ist durch die Aussperrung und trotzdem das Verhältnis noch ein weit günstigeres ist als in den Vorjahren (mit Ausnahme des Jahres 1900), so zeigt diese hohe Fluktuationssziffer doch erneut, daß in den einzelnen Jahrestellen das Augenmerk noch viel mehr auf die Erhaltung der einmal gewonnenen Mitglieder zu richten ist.

Um einmal festzustellen, wie sich die Mitglieder des Brauereiarbeiterverbandes auf die einzelnen Kategorien verteilen, wurden Anfang März bezügliche Fragebogen an die Jahrestellen versandt. Nach dem Ergebnis der Umfrage waren von den 22 755 Mitgliedern, über welche berichtet wurde:

Brauer	Bierfahrer, Kutscher	Hilfsarbeiter
9680	4553	3690
Flaschentellerarbeiter	Heizer, Maschinisten	
2484	964	
Handwerker	Böttcher	Arbeiterinnen
645	466	254
		Sehrlinge
		19

45 Jahrestellen mit über 2000 Mitgliedern haben die Fragebogen nicht beantwortet, das Verhältnis dieser Mitglieder zu den einzelnen Kategorien dürfte ein ähnliches wie das vorstehende sein, und wäre eine entsprechende Anzahl den einzelnen Kategorien hinzuzufügen.

Entsprechend der Zunahme der Mitglieder stieg auch die Einnahme des Verbandes. Die Gesamteinnahme betrug 1905: 436 278,04 Mk. gegen 315 475,67 Mk. im Jahre 1904. Die Einnahmen an Beiträgen allein betragen 1905: 373 576,07 Mk. gegen 263 580,05 Mk. im Jahre 1904.

Auf die einzelnen Quartale entfallen Einnahmen an Beiträgen im Jahre 1905: I. Quartal 91 837,17 Mk., II. Quartal 87 030,36 Mk., III. Quartal 93 195,50 Mk., IV. Quartal 101 513,44 Mk. In dieser Gegenüberstellung spiegelt sich der große Kampf in Rheinland-Westfalen wieder, der Rückgang in der Einnahme der Beiträge im II. Quartal findet darin seine Erklärung.

Die Gesamteinnahmen im Jahre 1905 verteilen sich auf

Eintrittsgelder	10 437,— Mk.
Beiträge	373 576,07 „
Sonstige Einnahmen	52 264,97 „
Zusammen	436 278,04 Mk.

Dagegen beträgt die Gesamtausgabe

Mitgliedervermehrung	9 866,23
Das Vermögen am Jahresabschluss	118 904,89

betrug

Unter den Ausgaben im Jahre 1905 entfallen auf

Krankenunterstützung	57 438,50 Mk.
Arbeitslosenunterstützung	28 622,48 „
Sterbegeld	5 392,50 „
Gemahregeltenunterstützung	14 388,60 „
Umzugskosten	1 103,88 „
Rechtsschutz	5 182,83 „
Zusammen	116 374,09 Mk.

Dazu Streikunterstützung 167 222,48 „
Unterstützung insgesamt 283 596,57 „

Es ist unnötig, darauf hinzuweisen, welchen Wert die Organisation für die Arbeiter hat, der Wert drückt sich deutlich genug in diesen Zahlen aus, in den Summen, die ausbezahlt wurden zur Unterstützung bedürftiger Mitglieder, zur Eringung besserer Lebensverhältnisse, für den Kampf um Menschenrechte.

Rechnen wir die Einnahmen an Beiträgen 373 576,07 Mk., Eintrittsgelder 10 437 Mk. und freiwillige Beiträge 38 422,20 Mk., zusammen 422 435,27 Mk., so betragen die den Mitgliedern an Unterstützungen wieder zugewendeten 283 596,57 Mk. 67,1 Prozent der eingezahlten Summe. An den eingezahlten Wochenbeiträgen gemessen, betragen die Unterstützungen sogar 75,9 Prozent.

Doch die Unterstützungsfrage ist eine Organisationsfrage zweiten Ranges, eine ungleich wichtigere Aufgabe der Organisation ist die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die Gelder, die hierfür ausgegeben werden, bringen hundertfache Zinsen, wenn auch nicht bei jedem Kampfe unmittelbar, aber in der Folgezeit sicher.

Nur der ernste Wille der Arbeiterorganisation, die Forderungen der Arbeiter mit Nachdruck zu vertreten, findet Beachtung bei den Unternehmern. Diesen Willen in die Tat umsetzen, heißt Kampf. Aber wie ohne Munition kein Krieg, so ohne Geld kein erfolgreicher wirtschaftlicher Kampf. Die für den Kampf ausgegebene Summe zeigt, daß der Brauereiarbeiterverband dem notwendigen Kampfe nicht aus dem Wege geht, und nicht aus dem Wege zu gehen braucht, weil er über die Mittel zum Kampf verfügt. Der Kampf ist das einzige Mittel, ein Entgegenkommen der Unternehmer zu erzwingen, wo es auf gutlichem Wege nicht zu erreichen ist. Und wenn das Entgegenkommen der Unternehmer sich von vornherein zeigt, so nur in Rücksicht auf die kampfbereite Organisation. Einem Bettler und Kriecher etwas nennbares zu bewilligen, fällt dem Unternehmertum, dessen Zweck es ist, möglichst hohe Gewinne zu schaffen, nicht im Traume ein. Das wäre ja auch ganz gegen das kapitalistische Naturgesetz. Anders ist es, wenn der fordernde Arbeiter sein Recht auch im Kampf zu vertreten in der Lage ist, wenn hinter ihm die kampfbereite Organisation steht. Alles, was zur Verbesserung der Lage der Arbeiter erzielt wird, sind die Erfolge der kampfbereiten Organisation, und alles, was das Unternehmertum der Arbeitern bewilligt, tut es aus dem Grunde, um einen Kampf zu vermeiden. Auch dort, wo das Unternehmertum hartnäckig ein Entgegenkommen ablehnt und es zum Kampfe kommen läßt, ja selbst den Kampf provoziert, um die Organisation zu schwächen, kommt die Einsicht, das Entgegenkommen im Verlauf des Kampfes oder nach dem Kampfe. Selbst dort, wo durch einen Kampf die Arbeiter keine größeren Erfolge erzielen, ist ein solcher Kampf nie erfolglos, er bringt die Unternehmer zur Einsicht, daß es doch vorteilhafter und besser ist, in Zukunft den berechtigten Forderungen der Arbeiter entgegenzukommen und den Kampf zu vermeiden. Diese feste Kampfesbereitschaft des Brauereiarbeiterverbandes ist auch das Geheimnis der großen Erfolge in der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf dem Wege gütlicher Vereinbarungen. Ohne Kampfesbereitschaft des Verbandes, ohne die von ihm geführten Kämpfe wäre an die zahllosen tariflichen Vereinbarungen mit den ungeheuren Vorteilen für die Arbeiter nicht zu denken, ständen die Brauereiarbeiter wirtschaftlich noch viel tiefer, als sie jetzt stehen; und auf die ohne Kampf erzielten Erfolge kann der Brauereiarbeiterverband umso mehr stolz sein: sie sind der Beweis, daß der Brauereiarbeiterverband sich bei dem Unternehmertum Respekt und Beachtung verschafft hat, daß er ein Faktor ist, der sich in der Verfolgung der Interessen der Arbeiter das Mitbestimmungsrecht erkämpft hat. Dieses alles auch besonders den Harmoniepredigern und Eigenbrödlern zur Notiz, die sich ihrer Unbedeutendheit und vollständigen Nebenständigkeit noch immer nicht bewußt zu sein scheinen. Und nun lassen wir wieder Zahlen und Tatsachen reden.

Lohnbewegungen wurden eingeleitet: in 125 Fällen, 102 Orten, 321 Betrieben mit 9454 Beschäftigten.

Diese fanden ihre Erledigung durch erfolgreiche Unterhandlung mit den Unternehmern in 117 Fällen, 94 Orten, 313 Betrieben mit 9346 Beschäftigten; durch Zurückziehung der Forderungen in 3 Fällen, 3 Orten, 3 Betrieben mit 35 Beschäftigten; durch Streiks in 4 Fällen, 4 Orten, 4 Betrieben mit 55 Beschäftigten.

Bei der Feststellung der Erfolge der Lohnbewegungen ist zum ersten Mal auch der Personenkreis festgesetzt für welche

ein Lohnaufschlag für Ueberstunden, für Sonntags- und Nachtarbeit, und für welche Vergütungen auf Grund des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches erzielt wurden.

Durch die Lohnbewegungen ohne Streiks wurde erreicht:

Verkürzung der Arbeitszeit für 2681 Beteiligte 16 270 Stunden pro Woche oder 846 040 Stunden pro Jahr.

Lohnerhöhung für 8757 Beteiligte 2 158 7 Mk. pro Woche oder 1 122 524 Mk. pro Jahr.

Lohnaufschlag für Ueberstunden in 70 Fällen für 3841 Beteiligte, für Sonntags- und Nachtarbeit in 65 Fällen für 3427 Beteiligte.

Bergünstigungen nach § 616 des B. G. B. (Lohnzahlung in Krankheitsfällen, bei militärischen Übungen u.) in 72 Fällen für 6823 Beteiligte.

Es wurde erzielt pro Woche:

An Arbeitszeitverkürzung	An Lohnerhöhungen
für 544 Arbeiter 1 1/2 Std.	für 1129 Arbeiter bis 1,— Mk.
„ 48 „ 2 „	„ 1034 „ „ 1,50 „
„ 332 „ 3 „	„ 2799 „ „ 2,— „
„ 165 „ 3 1/2 „	„ 600 „ „ 2,50 „
„ 23 „ 4 „	„ 1553 „ „ 3,— „
„ 160 „ 4 1/2 „	„ 18 „ „ 3,50 „
„ 777 „ 6 „	„ 976 „ „ 4,— „
„ 71 „ 7 „	„ 89 „ „ 4,50 „
„ 10 „ 7 1/2 „	„ 521 „ „ 5,— „
„ 23 „ 8 „	„ 32 „ „ 6,— „
„ 45 „ 9 „	oder im Durchschnitt 2,47 Mk. pro Woche.
„ 12 „ 10 „	
„ 5 „ 11 „	
„ 41 „ 12 „	
„ 10 „ 13 1/2 „	
„ 380 „ 15 „	
„ 6 „ 18 „	
„ 25 „ 21 „	
oder im Durchschnitt 6,07 Std. pro Woche.	

Die Kämpfe im Jahre 1905 verteilen sich folgenderweise:

Angriffstreiks an 9 Orten mit 89 Beteiligten
Abwehrstreiks „ 7 „ „ 293 „
Aussperrungen „ 40 „ „ 987 „
Zusammen an 56 Orten mit 1369 Beteiligten

Bei den Angriffstreiks handelte es sich in acht Fällen um Forderungen der Arbeiter zwecks Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, in einem Falle um Wiederherstellung eines entlassenen Kutschers; bei den Abwehrstreiks in allen Fällen um Maßregelung, darunter auch in zwei Fällen zugleich wegen Nichtinhaltung der gemeinschaftlich festgelegten Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Angriffstreiks endeten mit vollem Erfolg 3 mit 30 Beteiligten, teilweisem Erfolg 2 mit 21 Beteiligten, ohne Erfolg 4 mit 38 Beteiligten.

Abwehrstreiks endeten mit vollem Erfolg 1 mit 25 Beteiligten, teilweisem Erfolg 1 mit 217 Beteiligten, ohne Erfolg 2 mit 26 Beteiligten, unbekannt 3 mit 25 Beteiligten.

Aussperrungen endeten 1 mit 14 Beteiligten mit vollem Erfolg, 39 mit 973 Beteiligten mit teilweisem Erfolg.

Durch die a) Angriffstreiks und b) Abwehrstreiks wurde erzielt:

Verkürzung der Arbeitszeit:
a) für 35 Beteiligte 228 Stunden pro Woche oder 11 856 Stunden pro Jahr;
b) für 25 Beteiligte 150 Stunden pro Woche oder 8000 Stunden pro Jahr.
Zusammen für 60 Beteiligte 378 Stunden pro Woche oder 19 856 Stunden pro Jahr.

Erhöhung der Löhne:
a) für 38 Beteiligte 91 Mark pro Woche oder 4732 Mark pro Jahr.

Außerdem Abwehr von Lohnreduzierung für 145 Beteiligte 580 Mk. pro Woche oder 30 160 Mk. pro Jahr.

Zusammen für 183 Beteiligte 671 Mk. pro Woche oder 34 872 Mark pro Jahr.

Insgesamt betragen die auf Grund von Vereinbarungen und durch Kämpfe erzielten Erfolge im Jahre 1905 an:

Verkürzung der Arbeitszeit für 2741 Personen 16 648 Stunden pro Woche oder 865 896 Stunden pro Jahr;

Lohnerhöhung für 8940 Personen 22 258 Mark pro Woche oder 1 161 000 Mark pro Jahr.

In diesen Ziffern ist aber noch nicht die ganze Summe der Erfolge enthalten. Eingerechnet sind noch nicht die erzielte Bezahlung und die erhöhte Bezahlung für Überstunden, Sonntags- und Nacharbeit, für Djour usw., auch nicht die Ersparnisse durch Ablösung oder Ausbezahlung des nicht getrunkenen Freibiers, ferner die Lohnzahlungen in Krankheitsfällen, bei militärischen Übungen usw. auf Grund der Vereinbarungen nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Sinzu kommt ferner die erzielte Einschränkung und teilweiser Wegfall der Sonntagsarbeit und des Bierausfahrens an Sonn- und Feiertagen, der Urlaub mit Lohnzahlung für eine ansehnliche Zahl Brauereiarbeiter, die Abschaffung des Kost- und Logiszwanges auch für eine große Zahl, und schließlich noch Einrichtungen und Verbesserungen sanitärer Art und noch so vieles mehr.

Tarifverträge wurden seitens des Brauereiarbeiterverbandes im Jahre 1905 in 86 Fällen für 7600 beteiligte Personen abgeschlossen. Die Tarifverträge entfallen auf 70 Orte mit 213 Brauereien, 14 Bierneidertagen, 9 Malzfabriken, 1 Brennerei, 1 Apfelweinkellerei.

Schließlich noch einen kurzen Rückblick auf einige Jahre zurück. Die Einnahmen des Verbandes an statutenmäßigen Beiträgen betragen von 1898 bis einschließlich 1905:

1396 423,02 Mk.

An Unterstützungen wurden an die Mitglieder in dieser Zeit gezahlt:

Frankenunterstützung	210 507,12	Mark
Arbeitslohnunterstützung	147 850,81	"
Gemäßigterunterstützung	45 569,34	"
Unterstützung in Notfällen	13 860,26	"
Umzugsunterstützung	5 926,31	"
für Rechtschutz	22 995,80	"
Starbegelb (seit 1. Oktbr. 1904 eingef.)	6 427,50	"
Streikunterstützung	430 920,71	"

Zusammen **884 057,85** Mark

Die Summe der vereinnahmten statutenmäßigen Beiträge, die nach Veranschlagung der Unterstützung verbleibt, beträgt also **512 365,17** Mk.

In dieser Zeit wurde durch Kämpfe und Lohnbewegungen erzielt:

Erhöhung der Löhne:

1898: für 1039 Personen	196 872	Mk.
1899: " 2502 "	342 836	"
1900: " 9651 "	1 136 768	"
1901: " 3566 "	319 636	"
1902: " 1708 "	140 296	"
1903: " 9916 "	907 920	"
1904: " 16 253 "	2 248 116	"
1905: " 8940 "	1 157 416	"

Zusammen für **53 575** Personen **6 449 360** Mk.

Verkürzung der Arbeitszeit:

1898: für 378 Personen	407 940	Stunden
1899: " 1605 "	516 828	"
1900: " 7192 "	1 580 956	"
1901: " 1756 "	419 952	"
1902: " 1428 "	320 424	"
1903: " 7043 "	1 574 196	"
1904: " 8524 "	1 625 000	"
1905: " 2741 "	865 896	"

Zusammen für **31 167** Personen **7 311 192** Stunden.

Der tatsächliche Erfolg ergibt sich aber noch nicht aus vorstehenden Ziffern, weil die in einem Jahr erzielten Lohn- und Arbeitszeitverkürzungen in allen nachfolgenden Jahren den Kollegen zugute kommen, vornehmlich aber nur die Erfolge eines jeden Jahres für sich berechnet sind. Wollen wir die Summe der Erfolge voll beschreiben, dann müssen wir die Wiederholungen in jedem Jahr mit hinzuzählen. Wir wollen dabei jeweils das erste Jahr, in welchem die Erfolge erzielt wurden, nur zur Hälfte rechnen, was recht niedrig gegriffen ist, weil die Lohnbewegungen ja meistens im Frühjahr zum Abschluß gekommen sind.

Nach dieser Zusammenstellung erzielte der Brauereiarbeiterverband in den 8 Jahren von 1898 bis 1905 an

Lohnerhöhungen:

18 Millionen 107 Tausend 278 Mark,

Arbeitszeitverkürzung:

24 Millionen 895 Tausend 392 Stunden.

Nach dieses Resultat bezüglich der Lohnerhöhungen ist noch nicht vollständig. In der weitaus größten Zahl der abgeschlossenen Lohnbewegungen und Tarifverträge sind Steigerungssätze im Lohn um 50 Pf., meistens um 1 Mk. pro Woche jährlich vorgesehen, und zwar Steigerungen von 1 bis zu 5 Jahren, die in der vorbenannten Summe nicht ganz Ausdruck finden können. Rechnen wir diese Steigerungssätze nur zu einem Drittel des vorstehend angedeuteten Betrages, so erhalten wir die Summe an

Lohnerhöhungen von 24 Millionen 143 037 Mk.

Nach Abzug der Unterstützungen leisteten die Mitglieder an Beiträgen in den 8 Jahren **512 365,17** Mk. Jede dieser eingezahlten Mark brachte

47,12 Mark Lohnerhöhung,
48,78 Stunden Arbeitszeitverkürzung.

Die Lohnerhöhung allein in Betracht gezogen, haben diese Beiträge, die an die Mitglieder nicht wieder als Unterstützung zurückgezahlt wurden,

4712 Prozent Zinsen

gebracht, ohne die Arbeitszeitverkürzung und alle sonstigen geschaffenen Vorteile und Verbesserungen zu rechnen.

Zum Schluß können wir den Kollegen beraten, daß die Mitgliederzahl am 1. Mai 25 000 überschritten hat, und werden die Kollegen wohl mit uns den Wunsch haben, daß es in Zukunft noch um so schneller vorwärts und aufwärts geht.

Wir haben noch viel zu gewinnen, deshalb alle Mann am Platze!

Agitiert für euren Verband!

„Du stehst, was deine Pflicht erfordert, Was unsre heutige Zeit begehrt, Daß hell die Flamme, die heilig ist, lodern Und lächle, wenn sie dich verzehret. Und wenn im Kampf die Jahre schwanden, Sei stolz auf keines Hauptes Schnee. Du hast in Reich und Mied gestanden, Mit den Soldaten der Idee.“

Im Sturm die Beute eingebracht.

Hatte der Reichstag schon in der zweiten entscheidenden Sitzung nicht mehr als 10 Sitzungen auf die Erledigung der sogenannten Reichsfinanzreform verwendet und damit dargestellt, daß die Plenarberatung nichts neues mehr zu den Arbeiten der Kommission hinzutun würde, so ging die dritte Beratung geradezu im Galopp-Tempo vor sich. In einigen Gewaltstößen, die lebhaft an die Zeit der Beratung des Kardorff-Tarifs erinnerten, wurde das „gewaltige nationale Werk“, wie Herr Büsing aus Mecklenburg meinte, von den Blockparteien erlebigt. Die Kosten der Diskussion wurden ausschließlich von der Linken des Hauses getragen. Die **Brauereier-Novelle** ist auch in der dritten Lesung ohne erhebliche Änderungen angenommen worden. Daß man den gesamten in der obergärtigen Brauerei verwendeten Zuder brauereierfrei ließ, geschah lediglich deshalb, um ein durchaus unrentables Kontrollsystem zu vermeiden. Forderung welche wesentliche Verbesserung ist nicht erreicht worden, und wir müssen uns deshalb mit dem Gesetz abfinden.

Ueberschauen wir nunmehr die Lage; die Vorschläge der verbündeten Regierungen sind nicht in der ursprünglichen Form angenommen worden; die Regierungen wollten einen Mehrertrag von rund 60 Millionen Mark aus dem Bier herausziehen. Hier hat die Mehrheit des Reichstages die Gefolgschaft verweigert und sich den billigen Ruhm gesichert, den Gesamtbetrag der Steuer auf ungefähr die Hälfte ermäßigt zu haben. „Nur 30 Millionen statt 60 Millionen“ — das wird fernerhin die Losrede für die Steuerfinder bilden, wenn sie vor das Forum öffentlicher Versammlungen zur Rechenschaft gezerzt werden. Aber es ist doch sehr zu bezweifeln, ob die Regierung von Anfang an überhaupt mehr als 30 Millionen aus dem Bier hat herausziehen wollen? Ihr schwacher Widerstand gegen die Herabsetzung des Gesamtertrages und gegen die erhebliche Veränderung ihrer Staffel läßt die Vermutung berechtigt erscheinen, daß Herr v. Stengel nach dem bewährten Rezept der Köstlicher 100 Prozent aufgeschlagen hatte, um durch einen starken Nachlaß die Scheinopposition seiner eigenen Freunde beschwichtigen zu können.

Wie werden die Wirkungen dieser gewaltigen Steuererhöhung sein? Ohne jeden Zweifel werden die Bierpreise in die Höhe gehen. In Berlin haben die vereinigten Brauereien den Beschluß gefaßt, pro Hektoliter 2,50 Mk. aufzuschlagen. Diese Preiserhöhung geht über das hinaus, was durch die Steuererhöhung gerechtfertigt erscheinen könnte; aber der Zolltarif hat ja schon durch Verteuerung der ganzen Brauereierprodukte die Brauereien erheblich belastet, welche Belastung nun bei dieser Gelegenheit gleichzeitig abgewälzt wird. Auch an anderen Orten haben die Brauereien schon Beschluß gefaßt, die Steuererhöhung reiflos auf andere Schultern zu überwälzen, dabei womöglich noch einen Extraprofit herauszuschlagen. Aber ist es sicher, ob allen Brauereien gleichmäßig die Ueberwälzung gelingen wird? Wir haben eine verlässliche Nachricht aus Oberschlesien, wonach große Brauereien zunächst von einer Erhöhung des Preises an manchen Orten absehen wollen, um ihre kleineren Konkurrenten sicher niederwerfen zu können. In Oberschlesien gehen große Brauereien sogar so weit, daß sie jetzt mit doppelter Energie in das Absatzgebiet ihrer mittleren und kleinen Konkurrenten einbrechen: sie geben bestimmten Wirten in kleineren Städten nicht nur das Bier billiger, als es der Konkurrenz möglich ist, sondern veranlassen die Wirte auch noch, das neue Bier in größeren Gemäßen anzuschaffen. Den Schaden decken sie aus ihrer Tasche. Uns ist eine Brauerei genannt worden, die einem einzigen Wirte für das Jahr 4000 Mk. hat gibt, damit er durch unwahrscheinlich niedrige Preise das Publikum zunächst zum Konsum des Produktes dieser Großbrauerei animieren kann. Die Folge eines solchen Verfahrens liegt auf der flachen Hand: die kleinen und mittleren Brauereien werden noch rascher, als das bisher geschehen ist, aufgelogen werden. Die großen kommen dann später schon wieder auf ihre Kosten!

Aber die Staffelung! Darauf bilden sich ja die Freunde der erhöhten Bierbesteuerung das allermeiste ein. Die Staffelung soll den kleinen Kleinen bringen, soll als Selbstbild in den Weg des Großkapitalismus hineinergossen werden. In Wirklichkeit wird sie ebensovwenig das Schicksal der Kleinen in Norddeutschland beeinflussen können, wie sie es in Büttemberg und in der Pfalz getan hat. Wir sind weit entfernt, etwa in der Art beschränkter Mittelstandsfreunde jedes Anwachsens des Großbetriebs, jede Konzentration des Kapitals als einen volkswirtschaftlichen Schaden zu beklagen. Vom Standpunkt unseres Gewerbes aber ist es zweifellos, daß die Arbeitslosigkeit für die Brauereiarbeiter in dem Maße vermindert wird, wie die mittleren und kleinen Betriebe eingehen. Indessen liegt die Hauptgefahr wohl auf einem anderen Gebiete: durch die sicher eintretende, mit den Konkurrenzverändern höchstens auf kurze Zeit vertagte Preiserhöhung des Bieres wird ein allgemeiner Konsumrückgang unvermeidlich. Nach allen bisherigen Erfahrungen ist es durchaus unwahrscheinlich, daß dieser Konsumrückgang des Bieres den alkoholischen Getränken zugute kommen wird, vielmehr wird sich die ärmere Bevölkerung in höherem Maße als bisher dem Schnapsgenusse wieder zuwenden. Es wird das Gewerbe im ganzen eine Einbuße erleiden, die Arbeitslosigkeit im ganzen vermindert werden, die Gefahr des Lohnrückganges im ganzen immer von neuem entstehen. Will man diese Gefahr richtig abwägen, so darf man nicht vergessen, daß wir in einer Zeit erheblicher steigender Lebens-

mittelpreise leben, daß die Anforderungen an die Wohnungen, damit auch die Preise der Mieten, immer höher werden; Arbeiter, kleine Handwerker, Unterbeamte, Angehörige der freien Berufe werden immer mehr dazu gedrängt, die Kosten des Haushaltes, die direkten Aufwendungen für Nahrung herabzumindern; und wo wird da erklärlicherweise zuerst gespart werden? Am Biergenuss!

Das Schlußurteil über die neue Biersteuer kann für das Brauereigewerbe heute noch nicht mit aller Deutlichkeit gefällt werden, nur erst die großen Linien der wahrscheinlichen Entwicklung liegen klar vor unseren Augen. Vermutlich wird, wie es z. B. in Büttemberg der Fall war, eine Periode der Experimente auf dem Gebiete der Staffelung folgen. Dadurch wird das Gewerbe jahrelang in Unruhe gehalten werden. Auch möge man eines beachten: Bei der Beratung der Fahrkartensteuer sagte der nationalliberale Abgeordnete Westermann in einem ungewollten Anfluge von Ehrlichkeit: Wenn die Regierung mit der Fahrkartensteuer nicht zurechtkommen könne, dann solle sie sie wieder aufheben und auf andere Steuern, z. B. die Tabaksteuer, zurückgreifen. Dieses „z. B.“ muß auch den Brauereien zu denken geben. Es kann keinem Zweifel unterliegen — alle Kenner der Verhältnisse werden uns darin zustimmen — daß wir eher eine Erhöhung der Brauereiersteuer auf die ursprünglich vorgeschlagenen 60 Millionen, als eine Tabaksteuer in Deutschland bekommen werden. Wir können daher am Schluß dieser für unser Gewerbe so verhängnisvollen Steuerkampagne nur die Mahnung aussprechen, auf dem Posten zu sein und im Volke den prinzipiellen Widerstand gegen die indirekte Besteuerung zu stärken. Nicht ein Abschluß, wie der kannegießernde Mecklenburger Büsing meinte, sondern ein Anfang ist dieses sogenannte Reformwerk. Wir werden erleben, daß auch jetzt die Reichsausgaben in kürzester Frist über die Einnahmen hinauszuschauen werden. Wenn es dann von neuem ans Steuersehen geht, dann muß im Volke der klare Wille zum Ausdruck gekommen sein: nicht mehr Belastung des Massenverbrauchs, sondern direkte Reichssteuern auf Einkommen und Vermögen neben einem Ausbau der jetzt nur erst ganz kläglich begonnenen Reichserbschaftsteuer.

Aber vor allen Dingen auch auf gewerkschaftlichem Gebiete gilt es, mehr als bisher zu rüsten. Ein jedes Mitglied agitiere, wo ihm die Gelegenheit geboten, und bemühe sich, die Arbeiter der Brauindustrie für den Verband zu gewinnen. Eine machtvolle Organisation, eine einige, geschlossene Arbeiterschaft der Brauindustrie kann den ihr aus dieser verkehrten Finanzpolitik, der Brauereierhöhung erwachsenden Gefahren begegnen, aber auch für die Lebensmittelverteuerung infolge der Zollpolitik einen Ausgleich schaffen durch Erhöhung höherer Löhne. Es muß den außerhalb der Organisation stehenden Brauereiarbeitern immer wieder und überzeugend zu Gemüte geführt werden, daß auch an ihnen nun endlich die Reife ist, sich um die Wahrung ihrer eigenen Interessen zu kümmern, welches sie nur tun können durch Anschluß an den Brauereiarbeiter-Verband.

Tarifbewegung in der Schweiz.

Im April 1905 reichte der Schweizerische Brauereiarbeiterverband sämtlichen Brauereien der Schweiz einen Entwurf zu einer neuen Arbeitsordnung ein, was zur Folge hatte, daß der Verband Schweizerischer Brauereien am 3. Mai 1905 in Olten eine Generalversammlung abhielt, welche beschloß, auf diese Arbeitsordnung nicht einzugehen, sondern ihr ebenfalls eine neue Arbeitsordnung des Verbandes Schweizerischer Brauereien entgegenzustellen.

Diese Arbeitsordnung, in welcher natürlich die Wünsche der Arbeiter nicht berücksichtigt wurden, trat am 1. Juli 1905 in Kraft. Der Schweizerische Brauereiarbeiterverband war mit dieser Arbeitsordnung, zu welcher er nach der Meinung des Verbandes Schweizerischer Brauereien nichts zu sagen hatte, nicht befriedigt; in Anbetracht der vielen Streiks und Ausperrungen im Sommer 1905 in der Schweiz beschloß er aber, die Erämpfung besserer Arbeitsverhältnisse auf einen geeigneten Zeitpunkt zu verschieben.

Bei Anlaß des Verbandstages (29. Januar 1906) des Verbandes der Lebens- und Genussmittelarbeiter der Schweiz, welchem auch der Schweiz. Brauereiarbeiterverband angehört, hielt letzterer auch einen Verbandstag ab, welcher von allen seinen Sektionen beschloß war und einstimmig beschloß, die im Sommer 1905 verbotene Lohnbewegung wieder aufzunehmen und mit dessen Durchführung das Zentralkomitee des Verbandes der Lebens- und Genussmittelarbeiter zu beauftragen.

Letzteres erjudete Anfangs Februar 06 den Verband Schweizerischer Brauereien, zwecks Abschlußes einer Vereinbarung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Brauereien mit ihm in Unterhandlung zu treten. Diejenem Gesuche wurde entprochen und es haben seither mündliche und schriftliche Unterhandlungen zwischen den beiden Verbänden stattgefunden. Um zu einem Abschluß zu kommen, haben die Brauereiarbeiter ihre Forderungen bedeutend reduziert, aber auch ein neu eingereichter Tarif mit niedrigen Ansätzen fand keine Annahme vom Verbande Schweiz. Brauereien.

Warum bis jetzt noch keine Vereinbarung zustande kam, hat seinen Grund hauptsächlich darin, daß die Brauereibesitzer die mit dem Brauerlohn zu bezahlenden Arbeiten auf ein Minimum zu reduzieren, und daß sie in Brauereien mit einem jährlichen Ausstoß von unter 20 000 Hektolitern niedere Lohnsätze und längere Arbeitszeit einführen wollen, als in den Brauereien mit einem jährlichen Ausstoß von über 20 000 Hektolitern.

Die Situation ist nun so, daß ein Kampf unvermeidlich ist. Wir erjuchen deshalb die Kollegen, Zuzug von Brauereiarbeitern nach der Schweiz fernzuhalten.

Zentralkomitee des Verbandes der Lebens- und Genussmittelarbeiter der Schweiz.

Tarifverträge. — Lohnbewegungen.

Brauereien.

† Zuzug nach **Neumarkt (Oberpfalz) und Ottobrunen (Schwaben)** ist fernzuhalten!

† **Murich.** Tarifvertrag für die Kronenbrauerei und 2 friesischen Aktienbrauereien. Nachdem am 30. Mai der vor 2 Jahren abgeschlossene Tarif abgelassen ist, galt es, ihn zu erneuern und weitere Verbesserungen zu erzielen. Am 22. Mai fanden in Anwesenheit des Gauleiters Egel mit den Vertretern der Kronenbrauerei und der 2 friesischen Aktienbrauerei Unterhandlungen statt, welche am folgenden Tage durch Festlegung eines Tarifs auf 3 Jahre zum Abschluß gelangten.

Erreicht wurde eine Erhöhung des jetzigen Mindestlohnes um 2 Mark pro Woche und steigt derselbe nach 1 Jahre um 1 Mk., von da an mit den übrigen Arbeitern. Für die Brauer, für welche noch Monatslohn bestand, welcher von 90 Mk. an betrug, wird jetzt Wochenlohn bezahlt, und zwar ein Mindestlohn von 23,50 Mk.; auch sollte noch bestehende Monatslöhne sind unter Einrechnung der allgemeinen Aufbesserung in Wochenlöhne umgewandelt.

Die fortwährende Aufbesserung aller Arbeiter beträgt im Minimum pro Woche 1,50 Mk. Nach je 1 Jahr steigt der Lohn um 60 Pf.

